



Ihre Gesprächspartner:

Helmut Woisetschläger

Rudolf Schuchter

LH-Stv. Reinhold Entholzer

Vorsitzender der vida Oberösterreich

Vorsitzender der vida Salzburg

Verkehrsreferent der öö. Landesregierung

Bestbieter statt Billigstbieter

**Parlamentarische Bürgerinitiative für neue Kriterien bei
Ausschreibung von Verkehrsdienstleistungen**

Pressekonferenz

Am 14. September 2015, um 10:00 Uhr

Im ÖÖ. Presseclub, Linz

Alle acht Jahre ein neuer Dienstgeber, alle acht Jahre ein beruflicher Neuanfang mit finanziellen Einbußen: Das ist ein Resultat der weit verbreiteten Ausschreibepaxis im Linienbusverkehr. Auf Anregung der vida-Landesorganisationen Oberösterreich und Salzburg bringt die Gewerkschaft deshalb eine Bürgerinitiative ins Parlament, die neue, bundesweit einheitliche Ausschreibekriterien für Buslinien fordert.

Insbesondere sollen klare gesetzliche Grundlagen für die Einhaltung von Qualitäts- und Sozialstandards, wie auch zum verpflichtenden Personalübergang bei einem Betreiberwechsel durch den Bundesgesetzgeber geschaffen werden.

Damit soll sichergestellt werden, dass öffentliche Aufträge nicht zu Lohn- und Sozialdumping führen. Konkret fordert die Gewerkschaft, dass statt des billigsten Anbieters der beste Anbieter bei der Ausschreibung von Buslinien zum Zug kommen soll. Damit das möglich wird, müssen bei der Vergabe Sozial- und Qualitätskriterien, wie etwa die Einhaltung der KV-Bestimmungen, Maßnahmen zum Schutz des Personals oder der verpflichtende Personalübergang bei einem Betreiberwechsel gefordert und nicht nur nackte Kilometer ausgeschrieben werden.

Landeshauptmann-Stv. Reinhold Entholzer, dessen Verkehrs-Ressort ebenfalls der gesetzlichen Ausschreibungspflicht unterliegt, unterstützt die Forderung der Gewerkschaft und fordert ebenfalls einheitliche bundesweite Regelungen: *„In Oberösterreich sind wir, was die Verankerung von Sozial- und Qualitätskriterien im Vergabeverfahren betrifft, schon einen Schritt weiter als andere Bundesländer. In einem zweistufigen Vergabeverfahren werden in Oberösterreich auch Punkte für gute Sozialstandards vergeben, die in die endgültige Bewertung einfließen. Dennoch halte ich, besonders im Hinblick auf die verpflichtende Personalübernahme, eine bundesweit einheitliche Regelung für notwendig. Ohne rechtliche Grundlage fehlen nämlich die Möglichkeiten, die Einhaltung der vorgegebenen Standards entsprechend zu kontrollieren. Nachdem Bundesminister Alois Stöger vergangenen Donnerstag bereits gemeinsam mit der ASFINAG das Bestbieterprinzip im Straßenbau vorgestellt hat, ist die Ausweitung dieser Regelungen auf den Busverkehr der nächste logische Schritt“*, betont Entholzer.

Billigstbieterprinzip führt zu Lohndumping

In der Regel schließen die Verkehrsverbände sogenannte Bruttoverträge mit den Busunternehmen ab und die Linien werden auf acht Jahre vergeben. Dabei geben die Verkehrsverbände Fahrplan, Fahrpreis und Busausstattung vor. Die Unternehmen werden pro Kilometer bezahlt und müssen diese Leistung möglichst billig erbringen. Die Lohn- und Personalkosten machen in der Branche einen hohen Anteil aus: Der Personalaufwand liegt bei Busunternehmen durchschnittlich bei 46,64 Prozent der Betriebsleistung. Im Vergleich zu anderen Branchen ist der Personalkostenanteil besonders hoch (Handel: 11,9 Prozent, Industrie 18,1 Prozent). So führt Preisdruck dazu, dass bei den Löhnen und Sozialleistungen der Beschäftigten gespart wird. Mehrarbeit wird nicht bezahlt, Pausenzeiten unrechtmäßig herausgerechnet, weniger qualifiziertes Personal für qualifizierte Tätigkeiten eingestellt. Lohnstrukturen und sozialrechtliche Vorschriften werden systematisch unterlaufen. Das Billigstbieterprinzip zwingt außerdem geradezu zur Kündigung älterer, hochqualifizierter Beschäftigter.

In Oberösterreich wurden diese unmittelbaren Konsequenzen des Billigstbieterprinzips durch das zweistufige Vergabeverfahren abgeschwächt. *„In letzter Konsequenz bin ich aber an die rechtlichen Vorgaben aus Brüssel und Wien gebunden, sodass der Preis eine entscheidende Rolle spielt und spielen muss. Würde ich als Verkehrsreferent anders handeln, wäre das rechtlich unzulässig“*, unterstreicht Entholzer seine bisherigen Bemühungen um eine sozial verträgliche Vergabe, zeigt aber auch die Grenzen des Handlungsspielraumes seines Ressorts auf.

Preisdruck bringt seriöse Betriebe unter Druck

Seriöse Unternehmen, die ihre Beschäftigten fair bezahlen, kommen zunehmend unter Druck. Der Verdrängungswettbewerb ist hart. Um die Ausschreibungen zu gewinnen, müssen sie mit den niedrigstmöglichen Einstiegslohnen kalkulieren. Betriebe mit Zusatzvereinbarungen wie bezahlten Vor- und Nacharbeiten, bezahlten

Pausen oder Prämienzahlungen haben einen deutlichen Nachteil. Alteingesessene und seriöse Unternehmen, die wegen der langen Betriebszugehörigkeit ihrer FahrerInnen höhere Personalkosten haben, werden aus dem Markt gedrängt. *„Betriebsvereinbarungen werden umgangen und Beschäftigte einfach ohne Berücksichtigung von Vordienstzeiten eingestellt. Die Einkommensverluste können mehrere hundert Euro im Monat betragen. Sie verlieren außerdem Ansprüche auf Jubiläumsgeld oder die sechste Urlaubswoche. Viele nehmen das in Kauf, nur um nicht arbeitslos zu werden“*, berichtet vida-Landesvorsitzender Helmut Woisetschläger. *„Das Billigstbieterprinzip drückt Löhne und verschlechtert die Arbeitsbedingungen. Darunter leiden nicht nur die Beschäftigten, es bedeutet auch für die Fahrgäste weniger Qualität und Sicherheit im öffentlichen Verkehr“*, ergänzt Rudolf Schuchter, Vorsitzender der vida Salzburg.

Öffentliche Hand muss mit gutem Beispiel vorangehen

In Österreich macht die Vergabe der öffentlichen Hand insgesamt 13,2 Prozent der Wirtschaftsleistung des Landes aus. Damit hat die Politik ein starkes Gestaltungsinstrument in der Hand: Veränderungen bei den Ausschreibekriterien nicht nur im Bau- sondern auch im Verkehrswesen können somit wesentlich zu mehr fair bezahlten Arbeitsplätzen und guten Arbeitsbedingungen beitragen. In Oberösterreich würden bei der Vergabe von Busverkehrsdiensten schon jetzt Vergaberichtlinien angewendet, die die Einhaltung von Sozialstandards und faire Löhne berücksichtigen. *„Dennoch sehe ich den Bundesgesetzgeber in der Pflicht, den gesetzlichen Rahmen weiter zu schärfen, denn die derzeitigen Regelungen in Oberösterreich, die stark auf Freiwilligkeit, gegenseitigem Vertrauen und gutem Willen basieren, erschweren die Kontrolle der Einhaltung der Regeln durch die Behörden, die nun einmal auf Basis gesetzlicher Grundlagen zu handeln haben. Die öffentliche Hand ist ein wichtiger Auftraggeber. Wir müssen mit gutem Beispiel vorangehen. Menschen, die in öffentlichem Auftrag Busse lenken, müssen fair behandelt und bezahlt sowie bei einem Betreiberwechsel geschützt werden. Das hat Signalwirkung für die gesamte Gesellschaft“*, unterstützt der Verkehrsreferent des

Landes Oberösterreich, LH-Stv. Reinhold Entholzer, die Forderungen der Gewerkschaft.

Parlamentarische Bürgerinitiative gestartet

Die Gewerkschaft vida startet eine parlamentarische Bürgerinitiative, die in den nächsten Tagen eingebracht wird. Rund 4.000 Menschen haben bereits für ein Bestbieterprinzip bei der Ausschreibung von Buslinien unterschrieben.

Damit fordert sie den Nationalrat auf, im Bundesvergabegesetz sicherzustellen, dass bei Ausschreibungen von Busleistungen das Bestbieterprinzip angewendet wird:

- Qualitäts- und Sozialkriterien müssen verbindlich im Vergaberecht verankert werden. Dazu gehören aus Sicht der Gewerkschaft ein fairer Anteil älterer Beschäftigter, die Ausbildung von Lehrlingen, die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung oder nach langer Arbeitslosigkeit und Frauenförderung, aber auch eine entsprechende Ausstattung der Fahrzeuge, Aus- und Weiterbildung für die Beschäftigten und eine entsprechende Ausstattung der Sozial- und Sanitärräume.
- Die Gewerkschaft verlangt außerdem, dass im Falle eines Betreiberwechsels die bisher auf einem Streckenlos Beschäftigten zu ihren aktuellen Arbeits- und Entlohnungsbedingungen vom neuen Unternehmen übernommen werden müssen.

Rückfragen:

Mag^a. Carmen Janko

ÖGB Oberösterreich

Kommunikation

Mobil.: 0664/6145123

mailto: presse.ooe@oegb.at